

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 04/2023 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- Infos aus dem KJHA vom 28.03.2023
- Partizipation reloaded – geht's jetzt los?
- Barrierefreie Veranstaltungen
- Pauschalen Jugendbildern entgegenwirken
- Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis
- Veranstaltungstipps
- Die nächste Ausgabe
- Impressum und Datenschutz

INFOS AUS DEM KJHA VOM 28.03.2023

Gemeinsame Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss

TOP 2 Sozialer Zusammenhalt im Bahnhofsviertel I, Angebote für obdach- und wohnungslose Menschen ausbauen
vertagt

TOP 1 Arbeitsentlastung und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter*innen der Bezirkssozialarbeit in den Sozialbürgerhäusern und dem Amt für Wohnen und Migration sowie der Vermittlungsstelle

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) erinnerte an die erste Beschlussvorlage (BV) zu diesem Thema, die dem KJHA vor einigen Jahren vorlag. Darin wurde auf die hohe Fluktuationsrate der Mitarbeiter*innen in der Bezirkssozialarbeit (BSA) hingewiesen, die ursächlich mit der hohen Arbeitsbelastung zu begründen war. Mit der aktuellen BV sei jetzt eine Lösung für dieses Problem aufgezeigt. Dabei sei auch berücksichtigt worden, dass die Herausforderungen und Belastungen zugenommen hätten – beispielsweise durch höhere Zahlen von Kinderschutzfällen, zu betreuender Familien oder pflegerischer Maßnahmen. Es komme nun darauf an, nicht nur neues Personal zu gewinnen, sondern angestellte Mitarbeiter*innen zu halten. Es bleibe aber schwierig, geeignetes Personal zu finden. Deshalb sei die Einführung von Teamassistenzen ein guter Weg. Diese Kolleg*innen könnten die sozialpädagogischen Fachkräfte vor allem bei Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben entlasten. Nitsche merkte gleichzeitig an, dass der Umfang der Dokumentationspflicht kritisch bewertet werden müsse. Sie begrüßte außerdem, dass es nun ein verpflichtendes Angebot der Supervision für alle Mitarbeitenden gebe; damit könne die BSA ihre hoheitlichen Aufgaben qualitätsgerecht erfüllen. Auch das Feld der Traumapädagogik sei ein spannender Arbeitsbereich. Insgesamt werde durch die Beschlussvorlage die BSA attraktiver und in ihrer Arbeit wirksamer.

Der positiven Einschätzung schloss sich auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) an. Sie dankte allen Beschäftigten in der BSA und würdigte deren Wirken für die Menschen, die am Rande der Gesellschaft stünden. Auch sie stellte einen hohen Dokumentationsaufwand fest, der jedoch in vielen Fällen, in denen es um das Kindeswohl gehe, nicht vermeidbar wäre. Erfreut zeigte sie sich über die Selbsteinschätzung der Mitarbeiter*innen, die in ihrer Tätigkeit zu einem übergroßen Teil eine wert- und sinnvolle Arbeit sähen. Gleichzeitig appellierte sie, dass im Bereich BSA 60plus ein verstärktes Augenmerk auf ältere Menschen gelegt werden müsse. Diese hatten unter der Isolation während der Pandemie und den aktuellen Preissteigerungen massiv gelitten – sie litten „still“, weil sie keine Lobby hätten. Gaßmann forderte zudem, dass die Verwaltung schnellstmöglich die offenen Stellen in der BSA besetzen müsse.

Auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) zeigte sich zufrieden mit der BV. Insbesondere die Ausweitung der Traumapädagogik sei ein zwingend notwendiger Weg, weil zunehmen mehr Menschen massiv unter Krisen- und/oder Kriegserfahrungen litten, die bearbeitet werden müssen. Lechner bat eindringlich darum, dass sich diese BV mit ihren finanziellen Auswirkungen verbindlich im Eckdatenbeschluss wiederfinden müsse.

StRin Anne Hübner (SPD/Volt) wies darauf hin, dass der Beschluss bereits finanziert sei. Die etwa 100 unbesetzten Stellen seien keine „fehlende Stellen“, wie in der BV fälschlich formuliert, sondern könnten nicht besetzt werden. Auch die 12 Teamassistenzen könnten wahrscheinlich nur schwer gefunden werden. Sie bekräftigte, dass die Verwaltung sich bemühen solle, Einstellungsverfahren deutlich zu verkürzen.

Beschluss einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 4 Trägersauswahl für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) an fünf Grundschulen; TOP 5 Weiterentwicklung des Trägersauswahlverfahrens für freigemeinnützige und sonstige Träger als Ganztagskooperationspartner*innen im Rahmen der Kooperativen Ganztagsbildung an Münchner Grundschulen und TOP 8 Weiterführung des Projektes JADE (Jugendliche an die Hand nehmen und begleiten) an Mittel- und Förderschulen ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 7 Umsetzung der Experimentierklausel im Bereich der Großtagespflege im Rahmen des Allgemeinen Ministeriellen Schreibens vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
vertagt

TOP 1 Münchner Bildungsbericht 2022

Florian Kraus (Stadtschulrat) stellte die wesentlichen Befunde aus dem Münchner Bildungsbericht vor. Zunächst dankte er allen Kolleg*innen, die an der Erstellung des Berichts beteiligt waren. Anhand des zahlenbasierten Berichts sei es nun möglich, den Stand der Bildungsangebote entlang der gesamten Bildungskette – von der frühkindlichen bis zur Hochschulbildung – nachzuvollziehen. Dabei sei auch der Bereich der non-formalen und informellen Bildung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung berücksichtigt worden. Der Bericht habe dabei besonders die Dimensionen Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Behinderung und sozialer Status berücksichtigt. Eine der wesentlichen Erkenntnisse aus dem Bericht sei der Kompetenzrückgang bei schulischen Leistungen von Kindern, der sich mit einem halben Jahr Unterschied zu Erhebungen vor der Pandemie festmachen ließe. Auch der Krieg in der Ukraine und die angespannte wirtschaftliche Situation wirkten sich negativ auf den Bildungsfortschritt bei Heranwachsenden aus. Insgesamt sehe sich die Bildungslandschaft in München mit einer wachsenden Heterogenität der Kinder/Jugendlichen konfrontiert. Zugenommen hätten außerdem die Zahl der Personen, die im frühkindlichen Stadium betreut würden. Die Anzahl der Schüler*innen in München habe im Berichtszeitraum um etwa 10.000 zugenommen – die Zahl integrativer und Ganztagsangebote sei ebenfalls angestiegen. Erfreulich sei zudem, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss abgenommen hätte und die Erfolgsquote bei beruflichen Abschlüssen angestiegen sei.

Dr. Angelika Traub (Kommunales Bildungsmonitoring, RBS) gab im Anschluss einen detaillierten Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung der Bildungsangebote und deren Nutzung im frühkindlichen Bereich bzw. im Bereich Grundschule. Dabei zeigte sich durchgehend, dass die Quote der betreuten Kinder signifikant zugenommen habe.
nur Bekanntgabe

TOP 2 „kitabarometer“, Elternbefragung zum Bedarf an Kindertagesbetreuung in München, Vergabeermächtigung

StRin Lena Odell (SPD/Volt) begrüßte es, dass die Landeshauptstadt regelmäßig die Bedarfe ermittle, weil sich in immer kürzeren Abständen Rahmenbedingungen und Lebensumstände verändern würden. Das „kitabarometer“ belege, dass in Kindertagesstätten Bildung stattfände und dabei auch Kinder aus prekären Verhältnissen aufgefangen würden. Zudem unterstützen diese Einrichtungen Eltern dabei, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Man

müsse jetzt jedoch über neue Angebotsformen und Angebotszeiten nachdenken, wie dies bereits in einer früheren Beschlussvorlage thematisiert wurde.

Oscar Thomas-Olalde (Münchner Trichter) wies auf Mängel im Untersuchungsdesign des „kitabarometers“ hin. Die Befragung der Eltern wurde demnach nur in deutscher Sprache angeboten. Das widerspräche einem niedrighschwelligem und barrierefreiem Angebot zur Partizipation der Eltern an Bildungs- und Betreuungsfragen. Zudem sei dieses Vorgehen deshalb unverständlich, weil der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache kontinuierlich zunehmen würde. Thomas-Olalde forderte das Referat auf, zu eruieren, welche Sprachen bei künftigen Befragungen berücksichtigt werden müssten. Zudem sollte ein Verfahren entwickelt werden, wie Eltern an der Entwicklung der Befragung aktiver partizipieren können.

Dem stimmte auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) zu. Er bat den Schulreferenten, dieses Anliegen verbindlich in die Arbeit der betrauten Stellen in seinem Haus aufzunehmen.

Florian Kraus (Stadtschulrat) bestätigte, dass in der Online-Befragung durchaus die Möglichkeit vorgesehen sei, die Befragung in mehreren Sprachen anzubieten. Auf Nachfrage in seinem Haus wurde ihm berichtet, dass der Mehraufwand für eine Übersetzung in mehrere Sprachen in einem ungünstigen Verhältnis zu einer erhofften höheren Zahl von Beteiligten stehen würde und man deshalb davon abgesehen hatte, das Formular mehrsprachig anzubieten. Gleichzeitig gehe man den Weg, dass die Erziehungskräfte vor Ort gemeinsam mit den Eltern den Fragebogen ausfüllen und man so zu einer wirksameren Verbesserung der Teilnehmenden-Quote kommen würde. Kraus wolle jedoch nochmals prüfen, inwieweit eine weitere Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten der Eltern bzw. des Angebots von Fremdsprachen in den Fragebögen umsetzbar seien.

Kerstin Günter (Behindertenbeirat) bestätigte, dass bei der Münchner Jugend-Befragung durch die Verwendung Leichter Sprache die Quote der Teilnehmenden wesentlich erhöht werden konnte.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) fragte nach, auf welchen Wegen Eltern angesprochen bzw. zur Teilnahme an der Befragung ermutigt werden könnten, die keinen regelmäßigen Kontakt zu den Erziehungskräften in den Einrichtungen hätten. Er warb erneut für einen Prüfauftrag an das Referat zur Einführung der Mehrsprachigkeit bei solchen Befragungen.

Auch Oscar Thomas-Olalde (Münchner Trichter) unterstrich diese Forderung und sieht diesen niederschwelligen, partizipativen und barrierefreien Zugang als Willkommenssignal der Landeshauptstadt an die Menschen mit Migrationsbiografie in der Stadt.

Der Forderung konnte sich auch Anne Hübner (SPD/Volt) anschließen – gab jedoch zu bedenken, dass beispielsweise auch mit dem Münchner Armutsbericht oder der Erhebung des Mietspiegels weitere Befragungen diesem niederschwelligen und mehrsprachigen Ansatz folgen müssten. Insofern sei es sinnvoll, eine Gesamtlösung für diese Frage zu finden. Man solle sich deshalb zeitnah Gedanken machen, wie künftig derartige Befragungen/Formulare gestaltet werden könnten. Auch StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) teilte dieses Ansinnen. Florian Kraus (Stadtschulrat) schlug daraufhin vor, in der Ausschreibung für die

Durchführung der Befragungen (Praktikabilität und Teilnahmeerfolg) die Kriterien Mehrsprachigkeit und Niederschwelligkeit stärker zu akzentuieren. Er sprach sich zudem für eine Gesamtlösung für alle Befragungen aus.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 3 Beschlussvollzugskontrolle Kinder- und Jugendhilfeausschuss

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) fragte nach, warum es bereits über einen so langen Zeitraum unbesetzte Stellen wie zum Beispiel im Psychologischen Dienst (4 Jahre) gibt. Auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) wollte wissen, warum viele Stellen bereits seit Sommer 2017 unbesetzt seien. Zudem bemängelte er, dass in der Beschlussvorlage keine Perspektiven zur Wiedervorlage aufgezeigt worden seien. Das Sozialreferat, vertreten durch Herrn Eckard, konnte dazu im Moment keine Antworten liefern – will diese aber zeitnah nachreichen.

Michaela Fischer (Caritas) bestätigte den Missstand der unbesetzten Stellen beim psychologischen Dienst und die damit verbundenen Auswirkungen auf Kinder und Familien. Zum Beispiel die Zugriffsmöglichkeiten der BSA, um Kindern den Zugang in eine Heilpädagogische Tagesstätte zu ermöglichen, wenn eine Begutachtung durch den psychologischen Dienst aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist. Eine Möglichkeit dafür ist die Anerkennung von externen Gutachten ohne weitere Prüfung dieser durch den psychologischen Dienst.

Esther Maffei (Stadtjugendamt) bestätigte, dass man derzeit an der Nachbesetzung der offenen Stellen arbeite. Es werde keine Doppelbegutachtung von Kindern geben, aber der psychologische Dienst prüft gemeinsam mit der BSA, ob die richtige Hilfeleistung in externen Gutachten empfohlen ist. Die BSA werde konkrete Maßnahmen festlegen. Nur bei unklarer Bewertung in der Begutachtung werde künftig der psychologische Dienst beratend hinzugezogen. Anne Hübner (SPD/Volt) bringt die Fragestellung, wie Kinder bei unbesetzten Stellen, dann derzeit ein Hilfeangebot erhalten, ein. Esther Maffei verweist auf einen noch nicht abgeschlossenen OE-Prozess bei der BSA und Einzelfallregelungen in den jeweiligen SBH.
nur Bekanntgabe

TOP 6 163. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen aus der 286. Sitzung am 21.07.2016, Förderung der und Umsetzungsvereinbarung zur geschlechtergerechten Pädagogik der Schul- und Ganztagsbildung

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) begrüßte es, dass die Beschlussvorlage nun endlich bearbeitet würde, nachdem der Antrag bereits 2016 gestellt – jedoch immer wieder vertagt wurde. Inzwischen hätten sich viele Fragen und Sichtweisen neu ergeben; ein Stichwort sei „Intersektionalität“, die als Dimension einer geschlechtergerechten Pädagogik verstärkt in den Fokus gerückt sei. Dass das Konzept nun bis Ende 2024 vorliegen solle, wertete sie zwar als erfreulich – zeigte sich jedoch skeptisch, ob dieser Zeitplan einzuhalten sei.

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) plädierte dafür, dass Geschlechterstereotype grundsätzlich aufgelöst werden müssen – insbesondere im Bereich der Pädagogik. Für die Landeshauptstadt wünsche sie sich eine Bildungslandschaft, die keinerlei Beschränkungen bzw. Hemmnisse für Menschen aufgrund einer zugeschriebenen Geschlechterzugehörigkeit aufweise. Sie freute sich, dass in das Verfahren auch der Behindertenbeirat einbezogen wurde, um das Thema Intersektionalität besser bearbeiten zu können.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) betonte, dass es ihn überrascht hatte, wie hoch der Anteil junger Menschen war, die bei der Münchner Jugendbefragung die Option „divers“ als Geschlechtsmerkmal angegeben hatte. Es bestünde also Handlungsbedarf – allein aufgrund der Vielzahl von Menschen, die sich zu keinem der beiden Geschlechter zuordnen wollen/können. Er bemängelte gleichzeitig die extrem lange Dauer des bisherigen Prozesses.

Sabine Kellig (Gleichstellungsstelle) kritisierte, dass die BV den beteiligten Stellen wieder zu kurzfristig zugesandt wurde, um eine fachlich fundierte Stellungnahme zu verfassen. Der Wille zur Erstellung eines entsprechenden Konzeptes sei zwar jetzt sichtbar geworden – sie befürchte jedoch, dass die extrem kurze Zeit zur Erstellung der notwendigen Tiefe des Konzeptes abträglich sei. In jedem Fall dürften nun fehlenden Ressourcen kein Argument mehr sein, um die Erstellung des Konzeptes weiter hinauszuzögern.

Julia Sterzer (AWO) schloss sich dieser Kritik an. Die Konzepterstellung sei längst überfällig. Sie freute sich, dass nun offenbar alle Ressourcen gebündelt werden sollen und sicherte die Unterstützung der freien Träger bei der Erstellung des Konzeptes zu.

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) zeigte sich auch erfreut über den Start der Konzepterstellung. Sie sah darin eine gute Möglichkeit, mit allen Beteiligten ins Gespräch zu kommen. Ebenfalls befürwortet wurde durch sie die Einbindung des Behindertenbeirats. Gaßmann zeigte sich jedoch verwundert, warum die Fortbildung zum Thema Genderkompetenz verpflichtend für Fachkräfte sein solle.

Florian Kraus (Stadtschulrat) antwortete darauf, dass eine Kommune – anders als der Staat – seine Mitarbeiter*innen zu bestimmten Fortbildungen verpflichten dürfe.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 9 Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) bedankte sich für die BV und freute sich über die Fortschritte, die man in der Stadt in den letzten 25 Jahren beim Thema Medienpädagogik gemacht hätte. Ihr sei jedoch noch nicht klar, welche Rolle dabei das IT-Referat spielen solle. Sie erkundigte sich auch nach der weiteren Entwicklung des PIXEL – dankte gleichzeitig den freien Trägern für ihre vielfältigen Aktivitäten beim Thema Medienpädagogik.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) schloss sich dem Dank an und betonte die Bedeutung medienpädagogischer Arbeit im Hinblick auf die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Sie zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt der bereits bestehenden Angebote, zu der auch die Offenen Kinder- und Jugendarbeit beitragen würde.

Sebastian Ring (Münchner Trichter) bedankte sich ebenfalls für die Darstellung dieses komplexen Handlungsfeldes. Die Übersicht weise jedoch noch Lücken auf – beispielsweise im Hinblick auf die Situation von Familien, die Qualitätssicherung und die Verzahnung der bestehenden Angebote. Ihm fehle zudem die konzeptionelle Rahmung künftiger medienpädagogischer Angebote und verwies auf noch nicht eingelöste Ansprüche der Digitalisierungsstrategie der Landeshauptstadt., Ring begrüßte grundsätzlich die Einbindung des IT-Referats, weil er sich damit eine weitere Verzahnung über verschiedene Arbeitsbereiche der Stadtverwaltung hinweg versprechen würde. Darüber hinaus müsse ein künftiges medienpädagogisches Ge-

samt-konzept auch kommunale Maßnahmen und die Gestaltung digitaler Räume berücksichtigen, in denen sich junge Menschen bewegen. Er sicherte zu, dass die freien Träger ihre Expertise zur Verfügung stellen werden.

Claudia Caspari (Kreisjugendring) freute sich ebenfalls über die BV, kritisierte jedoch, dass in der Übersicht die Leistungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht ausreichend dargestellt und gewürdigt würden. Medienarbeit sei in den offenen Einrichtungen ein wesentlicher Bestandteil der Angebote. Man dürfe deshalb nicht vorrangig die medienpädagogischen Fach-einrichtungen im Blick haben – es brauche hier ein sowohl als auch. Die OKJA benötige in den kommenden Jahren zudem zusätzliche Ressourcen, um ihre medienpädagogischen Aufgaben erfüllen zu können. Das betreffe sowohl die Ausstattung mit Hardware als auch die Weiterentwicklung der Kompetenzen der Fachkräfte. Zudem forderte sie eine weitgehende Verschränkung der Angebotsstrukturen, in der sie die Zukunftsfähigkeit von Medienpädagogik in der Stadt sah.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rosa Liste) berichtete, dass er auch über die Einbindung des IT-Referats verwundert war. Das scheine ihm jedoch als durchaus sinnvoll, wenn gewährleistet sei, dass die inhaltliche Befassung des Konzepts weiterhin beim KJHA liege. Dem stimmte auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) zu und forderte, dass in jedem Fall die Fachkompetenz der freien Träger berücksichtigt werden müsse. StRin Anne Hübner (SPD/Volt) bestätigte, dass sich vor allem der KJHA inhaltlich mit dem Konzept befassen wird.

Schließlich berichtete Esther Maffei (Jugendamt), dass man bei der Suche nach Lösungen für das PIXEL unterstütze. Die Einbindung des IT-Referats habe zwar auch monetäre Gründe – die bisher Beteiligten hatten sich darüber hinaus auch eine Einbindung dieses Referats gewünscht. Die Berücksichtigung der Expertise der freien Träger sei zudem durch das Netzwerk „Interaktiv“ sichergestellt. Zum Hinweis, dass die OKJA nicht angemessen in der Übersicht berücksichtigt worden sei, entgegnete Maffei, dass man sehr wohl auf diesen Bereich geschaut habe und die vorhandenen Projekte gewürdigt habe bzw. die vorhandenen Kompetenzen nutzen wolle. Eine Verzahnung aller Akteur*innen und ihrer Angebote sei auch für sie zwingend erforderlich.

Beschluss einstimmig angenommen

Zusammengestellt von Marko Junghänel

PARTIZIPATION RELOADED – GEHT’S JETZT LOS?

Unter dem Motto „Partizipation reloaded – geht’s jetzt los?“ findet am Dienstag, 18. April von 9:00 bis 13:00 Uhr in der Pasinger Fabrik der Runde Tisch Kinder- und Jugendbeteiligung statt. Drei Referent*innen aus Nürnberg und Stuttgart präsentieren, wie es gelingen kann, Kinder- und Jugendbeteiligung in der Großstadt so zu verankern, dass alle jungen Leute dazu eingeladen werden, Ihre Interessen in die Gestaltung der Kommune einzubringen und diese dort zielgruppengerecht berücksichtigt werden.

Inspiration und Impulse aus anderen Kommunen sind für alle Münchner Akteur*innen aktuell von besonderer Bedeutung, nachdem der Stadtrat im Februar 2023 erste Schritte für ein Kinder- und Jugendrathaus auf den Weg gebracht hat.

Veranstalter ist der Arbeitskreis Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldung per E-Mail bis zum 11.04.2023 an info@ak-kinderundjugendbeteiligung.de

BARRIEREFREIE VERANSTALTUNGEN

Oft sind es nur ein paar Stellschrauben, an denen gedreht werden muss, um den Zugang zu Veranstaltungen für alle zu ermöglichen. Der [Bezirksjugendring Oberbayern](#) unterstützt Jugendverbände und die Offene Kinder- und Jugendarbeit gerne bei der Planung und bei der Durchführung von barrierefreien Veranstaltungen. Es gibt einen Materialverleih beispielsweise mit Rampen, einer Induktionsanlage und einem selbstklebenden Bodenmarkierungsband, die [Möglichkeit der finanziellen Unterstützung](#) bei Mehrbedarf für bestimmte Maßnahmen und eine [Postkartensammlung](#) mit praktischem Basiswissen.

Checklisten zu barrierefreien Veranstaltungen gibt es von der [Bundesfachstelle Barrierefreiheit](#) und von der [Aktion Mensch](#).

PAUSCHALEN JUGENDBILDERN ENTGEGENWIRKEN

Aufgrund des sich wiederholenden Phänomens, dass öffentliche Debatten zu aktuellen Ereignissen aufgrund pauschaler Jugendbilder und auf diesen begründeten allgemeinen Verurteilungen von jungen Menschen angeheizt werden, tritt die AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe) in ihrem aktuellen Zwischenruf für einen differenzierten Blick auf junge Menschen ein. Die AGJ spricht sich klar für Teilhabe und Zusammenhalt anstatt Ressentiments aus und fordert das stärkere ressortübergreifende Handeln für die junge Generation, bessere Zusammenarbeit verschiedener Rechtskreise, eine verlässliche und auskömmliche soziale Infrastruktur sowie mehr Freiräume für Jugend. Mehr Informationen gibt es unter https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2023/Zwischenruf_Jugendbilder.pdf

DEUTSCHER KINDER- UND JUGENDHILFEPREIS

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ schreibt den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2024 in den Kategorien Praxispreis, Theorie- und Wissenschaftspreis sowie Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe aus. Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfepreis ist insgesamt mit 15.000 Euro dotiert. Pro Kategorie können ein Preisgeld in Höhe von 4.000 Euro sowie ein Anerkennungsbetrag von 1.000 Euro vergeben werden. Die Ausschreibungsfrist endet am 10. Oktober 2023. Weitere Infos gibt unter <https://www.agj.de/djhp/bewerbungsformular.html>

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Workshop – Basics für Bildung für nachhaltige Entwicklung**
Wer: Ökoprojekt MobilSpiel e.V. und rehab repuplic e.V.
Wann: Mittwoch, 26. April 2023, 16.00 – 20.00 Uhr
Wo: münchner zukunftssalon, Waltherstraße 29, Rückgebäude
Kosten: 10,00 €
Anmeldung: [hier](#) oder per [Mail](#) mit Stichwort „BNE-Basics“, Name, Kontaktdaten und ggf. Institution

Was: **Voll die Party**
Wer: Aktion Jugendschutz Bayern
Wann: 22.05.2023 16.00 – 19.00 Uhr und 23.05.2023 10.00 – 17.00 Uhr
Wo: am 22.05.2023 online, am 23.05.23 im CVJM e.V., Landwehrstr. 13
Kosten: 110,00 €
Anmeldung: [hier](#)

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 09.05.2023

Bericht vom KJHA vom 02.05.2023

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.